



# MEERESWENDE

## FACTSHEET

### ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025

#### KURZZUSAMMENFASSUNG

Nord- und Ostsee sind in einem schlechten Zustand und zunehmenden Belastungen ausgesetzt. Tagesaktuell drohen der Ostsee Umweltkatastrophen, beispielsweise durch eine seeuntüchtige Schattenflotte. Die Nordsee entwickelt sich immer mehr zu einem Industriegebiet, geprägt durch den verstärkten Ausbau der Offshore-Windkraft, Planungen zur Verpressung von CO<sub>2</sub> im Meeresboden (CCS) und gar einer Weltraum-Raketenbasis. Gleichzeitig werden Naturschutzbelange geschwächt. Die Auswirkungen sind so gravierend, dass beispielsweise die UNESCO erwägt, dem Wattenmeer den Status des Weltnaturerbes zu entziehen. Zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen, dass eine deutliche Reduktion der Belastungen dringend nötig ist. Das Meer hat eine Schlüsselfunktion im Klimageschehen auf diesem Planeten. Daher bedingen sich Meeresschutz und Klimaschutz gegenseitig. Die neue Bundesregierung hat eine der letzten Chancen die Gesundheit von Nord- und Ostsee substantiell zu verbessern und der Klimakrise auf dem Meer und an den Küsten entgegen zu wirken.

#### GEGENKAMPAGNE: ZITAT / AUFHÄNGER / FAKE NEWS

- Trotz schlechtem Umweltzustand wird die Industrialisierung und damit auch die Zerstörung von Lebensräumen weiter vorangetrieben, z.B. durch die Planung einer Raketenabschussbasis oder Lagerstätten für die Verpressung von CO<sub>2</sub> in der Nordsee (Presse: [BILD](#), [Handelsblatt](#))
- Robert Habeck fordert einerseits eine hohe Priorität für den Meeresschutz, hebt aber gleichzeitig den Naturschutz in Planungsprozessen zur Nutzung der Meere aus (Presse: [Zeit](#))

- Als Beispiel im letzten Jahr, die massive Desinformationskampagne der CDU/EVP während des Gesetzgebungsverfahrens zur Wiederherstellungsverordnung, etwa zur Ernährungssicherheit (Presse: [Klimareporter](#), [scientists4future](#), [BUND](#))

## WAS DROHT MIT MERZ UND CO?

- Rückkehr zu fossiler Energie, CCS als vermeintliche Klimaschutzlösung
- Stärkung wirtschaftlicher Interessen unter dem Deckmantel des Natur- und Klimaschutzes (Beispiele: Fischerei, Transport, Energie, Militär)
- Verwässerung von Schutzmaßnahmen und Verzögerung bei der Umsetzung von Gesetzen zum Schutz der Meere: Fischereibeschränkungen, Regulierung der Öl- und Gasförderung, Reduzierung der Nähr- und Schadstoffeinträge, Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, Wiederherstellungsverordnung etc.
- Eine Abschwächung des Klimaschutzgesetzes und des Naturschutzrechts mit Auswirkungen auf den Meeresschutz
- Aushebelung von erfolgreichen Artenschutzregelungen (Beispiele: Kormoran, Kegelrobben)

## WAS IST PROBLEMATISCH?

Die Nord- und Ostsee sind großen Belastungen ausgesetzt: Überfischung, Plastikmüll- und Chemikalieneinträge, Nährstoffeinträge aus intensiver Landwirtschaft, aber auch große Infrastrukturprojekte wie der flächendeckende Ausbau der Offshore-Windkraft inklusive Kabelanbindung und LNG Terminals schädigen die wertvollen marinen Ökosysteme. Der Klimawandel verstärkt häufig die negativen Auswirkungen der Belastungen zusätzlich. Sogar in Schutzgebieten, die eigentlich Artenreichtum und Vielfalt der Meeresnatur bewahren sollen, hält die Zerstörung an. Sand-/Kiesentnahmen und Fischerei, oft mit zerstörerischen Grundschleppnetzen, sind dort immer noch in weiten Teilen erlaubt.

Weniger im öffentlichen Fokus stehen die Belastungen durch Schiffsverkehr, Bauprojekte, Öl- und Gasförderung oder den geplanten Tiefseebergbau. Die negativen Auswirkungen von vielen Eingriffen sind noch nicht genügend erforscht. Klar ist jedoch, dass Belastungen kumulativ wirken und somit zusammen betrachtet werden müssen. Die Folgen menschlicher Eingriffe in das komplexe Ökosystem treten meist erst verzögert auf, verstärken sich gegenseitig und sind daher schwer vorhersehbar. Hinzu kommt eine erhebliche Veränderung der Lebensgemeinschaften in unseren Meeren als Folge des Klimawandels.

## WAS FORDERT DER BUND?

### Meereswende integrativ umsetzen!

- (1) Die notwendigen Veränderungen für den Schutz und die Wiederherstellung der Meere können nur durch öffentliche Förderung gesichert werden. Diese Förderungen müssen klar an eine Transformationsleistung, wie die aktive Unterstützung von Natur- und Klimaschutzleistungen, gebunden sein (wie in der Landwirtschaft muss gelten: „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“).
- (2) Meeresgovernance intensivieren: Die Strukturen zur Umsetzung und Weiterentwicklung des Meeresnaturschutzes müssen weiterhin gestärkt werden. Ein Monitoring von Nutzung und Schutz der Meere muss effizient und zentral zusammengeführt und effektiv ausgeweitet werden. Dafür muss auch die integrative nationale Meeresstrategie für Deutschland fertiggestellt und zügig implementiert werden.
- (3) Industrialisierung der Meere begrenzen: Die kumulative Belastung von Nord- und Ostsee muss reduziert werden. Dafür muss die neue marine Raumordnung 2026 am Ökosystemansatz der europäischen Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie ausgerichtet werden und durch Mehrfachnutzungskonzepte den Flächenverbrauch eindämmen. Konkret bedarf es einer Begrenzung des Ausbaus der Offshore-Windenergie auf max. 15 GW, sowie ein Einhalten bei neuen Nutzungen und Infrastruktur wie für CCS, Grünen Wasserstoff und LNG, Geoengineering und Weltraumbahnhof.
- (4) Unbürokratische Umsetzung von natürlichem Klimaschutz der Meere und Stärkung der Klimaresilienz der Küsten, z.B. durch die Ausweisung von Klimaschutzzonen auf Kohlenstoff bindenden Schlickgründen und die Renaturierung bedrohter Küstenlebensräume für einen wirkungsvolleren, naturbasierten Schutz vor Dürrekatastrophen und Überschwemmungen sowie der durch den Meeresspiegelanstieg zunehmenden Sturmflutgefährdung
- (5) Schutz der Schutzgebiete: Etablierung von nutzungsfreien Zonen zur Bewahrung der Vielfalt unter Wasser in mindestens 50% der Schutzgebiete. Zerstörerische Nutzungen wie die Grundschieppnetzfisherei oder die Gewinnung von Ressourcen in und um Schutzgebiete müssen gestoppt werden.
- (6) Fischerei sozialökologisch transformieren, um den Wiederaufbau und dauerhaften Erhalt befischter Populationen zu sichern. Beifänge von sensiblen Arten wie Schweinswal, Kegelrobbe und Jungfischen müssen sofort effektiv reduziert werden. Durch eine Diversifizierung des Tätigkeitsfeldes (z.B. Unterstützung wissenschaftlicher Datenerhebung im Meer) müssen regionale Betriebe resilienter gegenüber Krisen gemacht werden.

- (7) Verschmutzung minimieren: Maßnahmen für die Reduktion von Unterwasserlärm und ein Stopp des Eintrags von Plastik, Nähr- und Schadstoffen für eine lebenswerte Meeresumwelt umsetzen.

[www.bund-intern.net](http://www.bund-intern.net)

#### **IMPRESSUM**

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)**

Bundesgeschäftsstelle | Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin

Tel. +49 30 27586-40 | [bund@bund.net](mailto:bund@bund.net)

[www.bund.net](http://www.bund.net)

V.i.S.d.P.: Nicole Anton | Kontakt: [ruth.krohn@bund.net](mailto:ruth.krohn@bund.net) | Stand: 02/25

[www.bund.net](http://www.bund.net)

